

TERMINE MIT BREKO-TEILNAHME

| 04. November 2008

Termin Gerold Reichle, BMWi, Berlin
Thema: IT-Gipfel

| 04. November 2008

Termin Dr. Martina Krogmann, MdB, Berlin
"NGN und Digitale Dividende"

| 04. November 2008

BMWi, Bonn
Thema: „Digitale Dividende“

| 05. November 2008

Landesmedienanstalt Sachsen-Anhalt, Leipzig

| 06. November 2008

Referentenfrühstück, Berlin
Thema: „Regionalisierung“

| 11. November 2008

Herbstsitzung des DIHK, TK-Ausschuss,
Leipzig

| 11. November 2008

Workshop Notruf, Bonn

| 13./14. November 2008

Jahrestagung, BREKO, Berlin
Mitgliederversammlung BREKO, Berlin

| Telekom will höhere Interconnection-Entgelte

Am 22. Oktober 2008 fand vor der Beschlusskammer 3 der BnetZA die öffentliche mündliche Verhandlung zum Entgeltantrag der Telekom bzgl. der Interconnection-Entgelte ab dem 1. Dezember 2008 statt.

| Communication & Media

Auf dem Petersberg in Bonn wurde am 22. Oktober 2008 über die „Restrukturierung als „Königsweg“ zur Rückkehr auf alte Wachstumspfade im deutschen TK Dienstesektor?“ diskutiert.

| Internet: Mehr Sicherheit durch Gütesiegel

Die Selbstorganisation der IT-Wirtschaft, die Initiative 21, hat am 23. Oktober 2008 zu dem Thema „Können die Bürger dem Daten- und Verbraucherschutz

im Internet trauen?“ nach Berlin ins TUI-Haus eingeladen.

| Präsidenten können Be- denken nicht zerstreuen

Die Zusammenarbeit zwischen der Bundesnetzagentur und dem Bundeskartellamt bei der Telekommunikationsregulierung war Gegenstand einer Tagung des „Bonner Zentrums Wettbewerb und Regulierung“ am 28. Oktober 2008 in Bonn.

| AG Notruf des ATRT

Am 27. Oktober 2008 fand die Sitzung der AG Notruf des ATRT unter Vorsitz von Jürgen Grützner, VATM, bei der BNetz in Bonn statt.

| Round Table Gespräche

Helmut Schauerte, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft, hatte kurzfristig zu zwei Round Table Gespräche zu dem Thema „Breitband in der Fläche“ eingeladen. Am 27. und am 28. Oktober 2008 fanden die Veranstaltungen in Lüdenscheid und in Olpe statt.

| Jahrestagung und Mitgliederversammlung

Am 13. November 2008 findet die alljährliche Jahrestagung des BREKO im Hotel Mövenpick in Berlin statt. Thema der Veranstaltung wird sein: „Ein Netz für die Zukunft“. Am 14. November tagt dann die Mitgliederversammlung des BREKO als geschlossene Veranstaltung.

| Jahrestagung ATRT

Der ATRT veranstaltet am 27. November 2008 seine Jahrestagung bei der Bundesnetzagentur im Mainz.

| Breitband fürs Land

Im Rahmen seiner EU-Medienpolitik hat die Friedrich Ebert Stiftung im Oktober 2008 eine Studie mit dem Titel „Breitband fürs Land“ herausgegeben. Die Studie ist abrufbar unter www.fes.de/medienpolitik

Telekom will höhere Interconnection-Entgelte

Am 22. Oktober 2008 fand vor der Beschlusskammer 3 der BnetzA die öffentliche mündliche Verhandlung zum Entgeltantrag der Telekom bzgl. der Höhe der Interconnection-Entgelte ab dem 1. Dezember 2008 statt. Die Telekom hat für die Basisleistung (B.1/B.2) ein gegenüber den bisherigen Entgelten um 10 Prozent höheres Entgelt beantragt und begründet dies insbesondere mit rückläufigen Verkehrsmengen. Für die Tarifzonen II und III will die Telekom künftig ein gleich hohes Entgelt verlangen, da Leistungen in der Tarifzone III kaum noch nachgefragt würden. BREKO hat sich in der Anhörung für ein stabiles Terminierungsentgelt ausgesprochen, da den Rückgängen bei den Verkehrsmengen die im Genehmigungs-Zeitraum zu erzielenden üblichen Effizienzgewinne gegen gerechnet werden müssen. Zudem muss weiter eine Spreizung zwischen den Tarifzonen II und III berechnet werden, da bei der Tarifzone III mehr Netzelemente durchlaufen werden, es also nicht zu den gleichen Kosten kommen kann. Eine Entscheidung der Beschlusskammer muss bis Ende November getroffen werden.

Communication & Media am Petersberg in Bonn

Auf dem Petersberg in Bonn wurde am 22. Oktober 2008 über die „Re-

strukturierung als „Königsweg“ zur Rückkehr auf alte Wachstumspfade im deutschen TK Dienstesektor?“ diskutiert.

Einleitend legte Prof. Dr. Torsten J. Gerpott, Dekan der Mercator School of Management der Universität Duisburg/Essen, absatzmarktbezogene Restrukturierungsstrategien insbesondere durch Akquisitionen dar. Ausgehend von einer Darstellung der Nachfrage- und Anbieterentwicklung im deutschen Fest- sowie Mobilfunknetzmarkt wurden Zusammenschlusschancen und -risiken für beide TK-Diensteteilmärkte analysiert.

Dr. Iris Henseler-Unger, Vizepräsidentin der BNetzA zeigte im Anschluss an den Vortrag von Prof. Dr. Gerpott auf, dass die technischen Entwicklungen die Regulierung vor neue Herausforderungen stelle. Der Vortrag skizzierte die für die Regulierung relevante Netzentwicklung, die daraus resultierenden Potentiale für den TK-Markt sowie die aktuelle Wettbewerbssituation. Es wurde aufgezeigt, mit welchen regulatorischen Maßnahmen bereits auf die Entwicklung und die Bedürfnisse des Marktes reagiert wurde und auf welche offenen Fragen in Zukunft noch eine Antwort gefunden werden müsse.

Abschließend zeigte Markus Laqua, Managing Director, Communication & Media Bearing Point GmbH, auf, dass die Wertschöpfungsketten der Telekommunikations- und Medienbranche in Bewegung seien. Klassische Netzwerkausrüster werden von allen Seiten attackiert, sei es, dass Software-

BREKO-NEWS

Der regelmäßige interne Verbandsnewsletter für BREKO-Mitgliedsfirmen BREKO-NEWS11 Oktober 2008

firmen wie Google in den mobilen Endgerätemarkt drängen oder Netzwerkausrüster immer mehr Aufgaben im Netzbetrieb übernehmen. Laqua stellte die Frage, für wen der Ausflug in den Value Chain ein Segen sei, für wen ein Fluch. Wer gewinne am Ende den Kunden.

Präsidenten können Bedenken nicht zerstreuen

Die Zusammenarbeit zwischen der Bundesnetzagentur und dem Bundeskartellamt bei der Telekommunikationsregulierung war Gegenstand einer Tagung des „Bonner Zentrums Wettbewerb und Regulierung“ am 28. Oktober 2008 in Bonn.

Dabei konnten die Präsidenten der beiden beteiligten Behörden, Matthias Kurth (BNetzA) und Dr. Bernhard Heitzer (BKartA) die Bedenken weiter Teile des Wettbewerbs im Hinblick auf die Überführung von Märkten aus der sektorspezifischen Kontrolle in die allgemeine Kartellaufsicht nicht zerstreuen. So wurde aus den Beiträgen der Präsidenten nicht deutlich, inwieweit der Deregulierungsprozess zwischen den Behörden institutionell abgesichert ist. Auch die Zweifel in Bezug auf ein ausreichendes rechtliches Instrumentarium an der Schnittstelle zwischen Telekommunikations- und allgemeinem Wettbewerbsrecht konnten von beiden Präsidenten nicht ausgeräumt werden.

In einem weiteren Beitrag berichtete Dr. Annegret Groebel von der Bundesnetzagentur über den aktuellen

Stand der Beratungen zum EU-Review. Diese konzentrieren sich zur Zeit wesentlich auf die Ausgestaltung des beratenden Gremiums der europäischen Regulierer (BERT), dagegen konnte sich die Kommission mit dem Wunsch nach einer Ausweitung des Vetorechtes in Rat und Parlament wohl nicht durchsetzen.

Internet: Mehr Sicherheit durch Gütesiegel

Die Selbstorganisation der IT-Wirtschaft, die Initiative D21, hat am 23. Oktober 2008 nach Berlin eingeladen. Thema der Veranstaltung war „Können die Bürger dem Daten- und Verbraucherschutz im Internet trauen?“

In der Einführung ins Thema wurde erläutert, was die Initiative D21 für Internetanbieter und Verbraucher leistet. Die Initiative D21 unterstützt zum einen die Internetanbieter z.B. bei der Einhaltung von Gesetzen oder im Bereich von Finanzdienstleistungen, zum anderen die Verbraucher in Bezug auf den Vertrauensbildungsprozess. Klarheit der Angebote, Kosten und Einhaltung von Fristen stehen im Fokus der vertrauensbildenden Maßnahmen.

Heute sind 10 Gütesiegel am Start, um den Verbrauchern einen „gewissen“ Qualitätsstandards zu signalisieren.

Die Vertreterin des Bayrischen Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz gab zu Bedenken, dass zu viele Gütesiegel auf dem Markt seien. Sie plädierte

für Deutschland und Europa für nur ein Gütesiegel.

Dr. Christian Grugel vom Verbraucherschutz des Bundesministeriums konstatierte, dass für die digitale Welt Regeln sowie Transparenz notwendig seien. Verbraucherschutzrechte, wie der Schutz vor unerwünschten Werbeanrufen oder die Verbesserung des Widerrufsrechts für elektronische Verträge, seien gerade durch neue Gesetze gestärkt worden. Grugel unterstützte die Auffassung der Vertreterin des Bayerischen Staatsministeriums, dass es wünschenswert sei nur über ein Siegel zu verfügen.

Cornelia Tausch vom Bundesverband Verbraucherzentrale fügte in ihrem Vortrag hinzu, dass neben Regelung durch Gesetze die Selbstverpflichtung und Selbstregulierung eine wichtige Rolle übernehme. Die Speicherung von Daten solle nur noch verschlüsselt erfolgen und es müsse ein „summarischer“ Widerspruch gegen Datenweitergabe gesetzlich verankert werden.

In der anschließenden Podiumsdiskussion wurde deutlich, dass Datenschutz nicht unbedingt gleichbedeutend mit Verbraucherschutz zu setzen sei. Zu enge gesetzliche Regelungen schädigen auch die seriösen Internetanbieter. Es wurde festgestellt, dass es Aufgabe der Politik sei unseriöse Gütesiegelanbieter zu identifizieren und zu sanktionieren. Von der Politik fordere man zudem mehr Verbraucheraufklärung und die Vorgabe von Mindeststandards für ein Gütesiegel.

AG Notruf des ATRT

Am 27. Oktober 2008 fand die Sitzung der AG Notruf des ATRT unter Vorsitz von Jürgen Grützner, VATM, bei der BNetzA in Bonn statt.

Neben Verbandvertretern der Verbände ANGA, BITKOM, BREKO, eco und VATM nahmen auch Repräsentanten der Unternehmen Arcor, Deutsche Telekom AG, E-Plus, Siemens, Telefonica, Vodafone und OSC teil. Seitens der BNetzA waren Wilfried Lange und Wolfgang Bender vertreten.

Jürgen Grützner erläuterte auf Nachfrage, dass das Gremium als beratendes Organ der BNetzA legitimiert sei.

Hinsichtlich der Abfrage der BNetzA zum Thema "Notrufverbindungen bei technisch neuen öffentlich zugänglichen Telefondiensten" berichtete die BNetzA, dass bereits zahlreiche Antworten der Unternehmen eingegangen seien (über 120). Eine Bewertung könne aber derzeit noch nicht vorgenommen werden, da die Frist zur Stellungnahme bis Ende Oktober festgesetzt worden sei. Jedenfalls sei aus den bisher eingegangenen Antworten deutlich geworden, dass sich ein erheblicher Teil der angefragten Unternehmen ernsthaft mit der technischen Umsetzung auseinandersetze.

Es wurden drei Problembereiche identifiziert: die Lokalisierung, die Abfragestellenzuordnung sowie die Datenübermittlung. Sodann wurde disku-

tiert, welche Probleme bei den bisherigen technischen Verfahren vorliegen und mit welchen Problemen bei stationären VoIP-Lösungen zu rechnen sei.

Die nächste Sitzung wird voraussichtlich auf Ende November terminiert.

Round Table Gespräche

Helmut Schauerte, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft, hatte kurzfristig zu zwei Round-Table Gesprächen zu dem Thema „Breitband in der Fläche“ eingeladen. Am 27. und am 28. Oktober 2008 fanden die Veranstaltungen in Lüdenscheid und in Olpe statt. Eingeladen waren sämtliche Bürgermeister sowie Vertreter der Kreisverwaltungen und der Industrie- und Handelskammer. Der CDU-Politiker wollte Maßnahmen der Bundesregierung in diesem Bereich vorstellen sowie regionale und lokale Möglichkeiten zu eigenen Initiativen aufzeigen.

In seiner Begrüßung zeigte Minister Schauerte den Teilnehmer der Veranstaltung einige Zahlen des aktuellen Breitbandatlas auf. Danach seien 98 % aller Haushalte mit einem Breitbandanschluss versorgt, nur für 2 % sei ein solcher Anschluss nicht verfügbar. Ziel sei es Ende 2009 annähernd 100 % der Haushalte mit Breitband zu versorgen.

Auf beiden Veranstaltungen waren sich die Bürgermeister und Vertreter der Kreisverwaltungen einig, dass die

„gefühlte“ Abdeckung auf dem Land sehr viel geringer sei als die aufgezeigten 98 %. Es kamen Vertreter der IHK zu Wort, die eine ungenügende Abdeckung mit Breitbandanschlüssen auf dem Land, auch an Hand von Beispielen, darlegten. Zum Teil seien auch Gewerbegebiete von dieser unhaltbaren Situation betroffen. Gerade im Gewerbebereich nehme der Bedarf an hohen Bandbreiten laufend zu. Es müssten immer höhere Datenmengen versendet werden, so dass man jährlich von einer Verdoppelung der Bandbreiten ausgehen müsse.

Einigkeit bestand darin, dass die DTAG nicht in der Lage sei Abhilfe zu schaffen. Die Beteiligten empörten sich sogar darüber, dass von der DTAG keine Informationen über das Vorhandensein von Rohren oder Leitungen zu erhalten seien. Minister Schauerte versprach hier den Druck auf die DTAG zu erhöhen.

Von Seiten der Beteiligten wurde die Forderung erhoben Breitbandanschlüsse zur „Daseinsvorsorge“ zu erheben. Dieser Lösung widersprach Minister Schauerte energisch und betonte, dass das Thema wirtschaftlich gelöst werden müsse. Es wäre der falsche Weg wieder in die „Daseinsvorsorge“ zurückzukehren.

Der BREKO und der VATM erläuterten, welche alternativen technischen Möglichkeiten sich neben denen der DTAG anbieten. In diesem Zusammenhang wurde festgehalten, dass die Kommunen einen Bedarf an unabhängiger und kompetenter Beratung haben, um festzustellen, wel-

BREKO-NEWS

Der regelmäßige interne Verbandsnewsletter für BREKO-Mitgliedsfirmen BREKO-NEWS11 Oktober 2008

cher Technikmix für welche Gemeinde genutzt werden kann.

Des Weiteren wurde festgestellt, dass auch die Gemeinden gefordert seien bei künftigen Tiefbauarbeiten Leerrohre zu verlegen, um zumindest mittelfristig eine kostengünstige Möglichkeit für Telekommunikationsunternehmen zum Breitbandausbau zu ermöglichen.

Jahrestagung und Mitgliederversammlung BREKO

Am 13. November 2008 findet die alljährliche Jahrestagung des BREKO im Mövenpick Hotel in Berlin statt. Thema der Veranstaltung wird sein: „Ein Netz für die Zukunft“.

Zum Ausklang der Tagung lädt der BREKO mit der freundlichen Unterstützung von Alcatel-Lucent ab 19:00 Uhr in die Anhalter-Bar des Hotel Mövenpick ein.

Am 14. November 2008 findet dann die geschlossene Mitgliederversammlung im Hotel Mövenpick statt.

Jahrestagung ATRT

Der ATRT veranstaltet am 27. November 2008 seine Jahrestagung bei der Bundesnetzagentur im Mainz.

Breitband fürs Land

Im Rahmen seiner EU-Medienpolitik hat die Friedrich Ebert Stiftung im Oktober 2008 eine Studie mit dem Titel „Breitband fürs Land“ herausgegeben. Die Studie ist abrufbar unter www.fes.de/medienpolitik